

# Der arme Teufel aus der Oberlausitz.

Für Wahrheit und Recht! Den Schwachen zum Schutz!

Den Mächtigen zum Kruch!

Jahrgang 2

Bittau, den 14. Januar 1928

Nummer 2

## Nicht bitten, sondern fordern!

Der Betriebsrat der Vereinigten Textilwerke hatte an die Direktion ein Gesuch gesandt um Bewilligung einer Weihnachtsspende für die Arbeiterschaft. Auf dieses Gesuch erhielt der Betriebsrat folgende Antwort.

Bittau, den 21. Dezember 1927.

Herrn

Otto Hänsch

Vereinigte Deutsche Textilwerke A.G., Abt. Spinnerei, Bittau.

Mit Ihrem Gesuch, um Verteilung einer Weihnachtsspende an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Vereinigten Deutschen Textilwerke A.G., hat sich der Vorstand in seiner gestrigen Sitzung eingehend beschäftigt.

Abgesehen von den enormen Kosten steuerlicher und anderer Art, die auf der Industrie ruhen und ihre größte Sparbarkeit zur Pflicht machen, um speziell dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben, sieht sich der Vorstand aus prinzipiellen Gründen leider gezwungen, das Gesuch abzulehnen, da bisher an die Arbeiter und Arbeiterinnen eine Weihnachtsspende nicht zur Verteilung gelangt ist. Wenn umgekehrt den Angestellten der Firma dieses Jahr eine Weihnachtsspende zuteil wurde, so geschah auch dies aus prinzipiellen Gründen, da gerade den Angestellten schon seit vielen Jahren eine Vergütung gewährt wurde, und diese gewissermaßen schon ein Teil des Gehaltes darstellt.

Schachtungsvoll

Dr. L./Sa.

Vereinigte Deutsche Textilwerke Aktiengesellschaft

geg.: H. Wagner.

Abgesehen davon, daß unserer Meinung nach nicht um „Weihnachtsgeschenke“ gebeten werden sollte, sondern höhere Löhne gefordert werden muß, zeigt dieser Vorfall ganz treffend den „Geist“ des Unternehmertums. Nicht nur der „enormen steuerlichen Belastungen“ wegen, sondern aus prinzipiellen Gründen kann nichts gegeben werden. Mit anderen Worten, die Arbeiter erhalten soviel Lohn, deshalb kommt eine Weihnachtsspende nicht in Frage. Bei den Angestellten ist es etwas anderes, diesen hat man schon das ganze Jahr über etwas vom Gehalt abgezogen, um zu Weihnachten ein Geschenk zu überreichen. Die Firma zahlt die Spende nicht etwa aus „Gefühl der Nächstenliebe“ heraus, sondern nach genauer Berechnung und eingehendster Beratung.

Nun hat am 5. Januar 1928 der Mitinhaber der Firma, Fred Wagner, sein 25jähriges Jubiläum gefeiert. Der Arbeiterrat lehnte eine Gratulation ab. Das mochte der Wehrin Weinhold nicht gefallen. Als Vertrauensperson der Hirsch-Dunkerschon-Gewerkschaft konnte sie eine solche Nichtachtung des Chefs nicht zulassen, deshalb ging sie selbst mit dem Klingelbeutel durch den Saal und hat um eine Gabe für den gütigen Herrn Arbeitgeber. Die Sammlung muß aber sehr schlecht ausgefallen sein, denn selbst bei den Arbeitern, die sonst immer noch bei solchen Angelegenheiten etwas übrig haben, konnte diesmal festgestellt werden, daß sie die Bitte der Wehrin nur mit einem Kopfschütteln beantworteten. Frä. Weinhold ließ sich aber durch nichts abfördern, sie kaufte einen Blumenstrauß und ging gratulieren. Sie soll auch ein schönes Verslein gefertigt und ihrem Kuscheiter vorgelesen haben. Dieser hat allerdings die Huldigung nur so beachtet, wie man die Schmeichelei eines Hundes beachtet. Er wird auch gar nicht viel Zeit übrig gehabt haben, denn zur Zeit ist er stark beschäftigt mit Lohnreduzierungen für die Arbeiter. Die Marktlöhne werden allgemein herabgedrückt. Bei einzelnen Artikeln ist der Lohn um 25 Prozent heruntergerissen worden.

Arbeiter! Das ist der wahre Geist des Unternehmers. Deshalb ist der Weg der gelben Gewerkschaft, den die Frau Weinhold wandelt, falsch. Heraus aus der gelben Gewerkschaft, der Organisation der Schmaroherei! Hinein in die freie Gewerkschaft und den Kampf aufgenommen gegen die Profit- und Ausbeutungssucht der Unternehmer. Nur durch härtesten Kampf kann die Lage der Arbeiter gebessert werden.

Der arme Teufel.

### Die SPD schlägt sich mit ihren eigenen Waffen

Schlagen. Nochmals die Weihnachtsspende. Von dieser Aier verachtete der Kartelldelegierte Wehlig (SPD) einen Bericht für die Volkzeitung der Oberlausitz. Unter anderem schrieb er: „Nach Ansicht der Übergrößen Mehrheit der Besucher hätte sich die Aier noch würdiger gehalten, wenn man „Stille Nacht, heilige Nacht“ (wie es erst vorgelesen war, D. Berichtst.) nach dem bekannten Text aus dem Gewerkschaftsliederbuch gesungen hätte. Warum diese Rücksichtnahme auf einige, angeblich andersdenkende Besucher?“ Dieser Bericht wurde in der letzten Kulturtagung vorgelesen. Nun waren es die eigenen Genossen der SPD, die diesen Bericht sabotierten. Einen solchen Artikel einfinden, auszusprechen! Hatte doch Herr Wehlig (SPD), glücklicher Besitzer eines Familien-Hauses, schon gegen das Singen dieses Liedes protestiert. Nach seinen Angaben konnte man doch nicht ein kommunistisches Lied singen. Kollege Wehlig, politisch schickst du dich nicht ganz aufzuklären zu sein. Oder willst du behaupten, daß das freie Gewerkschaftsliederbuch unter dem Einfluß der „Kommunisten“ entstanden ist? Die eigenen

SPD-Mitglieder sabotieren einen solchen Artikel. Was sagt Genosse Wehlig dazu? Wir werden auch in Zukunft auf der Wacht sein und uns in den Dienst des ausgebeuteten Proletariats stellen. Hier heißt es immer wieder: Augen auf! Keine Rücksichtnahme auf reformistische Handlungsmethoden und Sabotage. Deshalb: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“

### Sei — lebet noch!

nämlich „Treudeutsch allewege!“ Natürlich nicht mehr als ein Bäckerdübel mögen es gewesen sein, die folgenden „Befehl“, den uns ein günstiger Wind auf den Tisch weht, befolgt haben. Das Original lautet folgendermaßen:

„Befehl!“

1. Am Dienstag, dem 3. Januar, findet die Trauung unseres Großmeisters, nachm. um 1/2 2 Uhr in der Kirche zu Döbnitz statt. Treffen der Brüder um 1 Uhr im Kretscham Döbnitz. Jahrgeliegenheit um 11 Uhr ab Vorstadt. Unserem Großmeister das Ehrengelicht zu geben, sei jedem Bruder Ehrenpflicht.
2. Am 6. Januar 1928 findet ein außerordentlicher Bruderkonvent statt, da an diesem Abend die Meisterwahl vorgenommen wird. Auch die bewilligten Dispenzierungen sind an diesem Abend ungültig; jeder

## Aus den Kommunen

**Niederberewitz.** Am 10. 1. fand die 1. diesj. Gemeindevorordnetenversammlung statt. Der Vorsitz gab den üblichen kurzen Rückblick, in dem natürlich vermieden wurde, auf die Tatsachen einzugehen. Für uns als Kommunisten wird auch im neuen Jahre die Arbeit die alte sein, so wie im alten Jahre, wo die bürgerliche Mehrheit nichts für die Linderung der Wohnungsnot getan, wo man den Wohnungsuchenden alle Eisenbahnen empfehlte und auch für die Erwerbslosen und Minderbemittelten so gut wie nichts übrig hatte. Wir als Vertreter dieser armen Schichten werden auch im neuen Jahre den härtesten Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaftsordnung führen, das sei unser Neujahrswort. Die Voten des Verordnetenvorstehers und die der beiden Schriftführer bleiben wie bisher besetzt. Der Kassen- und Vermögensbericht wurde richtiggelesen. Der Antrag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten um Gewährung eines Stages im Wohlfahrtsauschuß wurde nach der Begründung des Genossen Wunderlich gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Als nächster Punkt stand ein Antrag der KPD-Fraktion zur Debatte, der besagte, daß bei den zuständigen Landes- und Reichsarbeitsämtern der scharfste Protest gegen die b. e. Kotverordnung vom 2. Dezember, in der den Saisonarbeitern eine Karenzzeit bis zu drei Wochen auferlegt wird, einzureichen. Da inzwischen die verschiedenen Landesämter dem Protest der Arbeiter nachgeben müßten, glaubte der Vorsitz die Angelegenheit als erledigt bezeichnen zu können. Er mußte sich aber, nachdem der Antrag vom Genossen Lukas begründet wurde, sagen lassen, daß sie uns der Antrag nach wie vor weitergehen werden muß. Genosse Wunderlich legte ihnen unseren Standpunkt klar, daß wir gegen jede Karenzzeit sind, da der Prolet nichts zum „aufheben“ hat. Trotzdem wurde unser Antrag nach der Diskussion, an der sich keine außer der KPD-Fraktion beteiligte, abgelehnt. Ein weiterer Zusatzantrag des Genossen Lukas, da inzwischen schon wieder eine neue Verschlechterung des vielgepöbelten Arbeitslosenversicherungsgesetzes im hiesigen Bezirk eingeführt werden soll, und zwar will man den erwerbslosen Zeugnissen die Unterstützung entziehen, obwohl sie gut sind, ihre Beiträge zu zahlen, wurde, da Einspruch von der bürgerlichen Seite kam, abgelehnt. Nach den Niederschriften des Bau- und Verkehrsamtes, wobei noch zu bemerken ist, daß verlustweise ein Arbeiterverkehrsauto vom Staat abgekauft werden soll, wenn genügend Gebrauch davon gemacht wird, ging man zum nächsten Punkt, Wasserversorgung der Viehhäuser und Handwerk über. Es ist eine Einigung mit der Gemeinde Oberberewitz herbeigeführt, die das Wasser per Wasserzähler an Niederberewitz abgeben will. Genosse Schneider betonte nochmals die Dringlichkeit dieser Wasserversorgung, da die Zustände auf diesen Ortsteilen, die noch keine Wasserleitung haben, immer trostloser werden und die Arbeit so bald wie möglich begonnen werden muß. Die Angelegenheit wird dann zur weiteren Ausarbeitung an den Wasserversorgungsausschuß überwiesen. Es folgt dann der Bericht von den Verhandlungen über die Verlegung der Landbergstraße und über den Stand der Erwerbs-

Bruder, ohne Ausnahme, hat zu erscheinen oder sich mit Darlegung der Gründe persönlich zu entschuldigen.

Treudeutsch allewege!

Bittau, den 22. Dez. 1927.

Unterzeichnet unterfert. stellv. Großmeister.

Zu Punkt 1 des „Befehls“: Wer wurde getraut? Wer ist der Großmeister? Niemand anders als ein Mitglied der bekannten Familie Keumann, Oibersdorf (Kohlengrubenbesitzer, Baumhulen usw.), deshalb also die „Parade“, weil man weiß, daß im Anschlag daran oder kurz hinterher es treudeutsches Essen und treudeutsches Bier (oder sollte es böhmisches gewesen sein?) zu vertilgen gibt. Und wer läßt sich zu derartigem „Klimbim“ mißbrauchen? Entweder sind es halbwüchsige Bürschchen oder solche, deren geistiger Horizont nicht über die Kirchturmspitzen ihres kleinen Dörfchens reicht.

Jungbo — Stahlhelm — Kirche, das ist das heilige Dreigestirn, die treuesten Lakaien des Kapitals, die rücksichtslosesten und härtesten Gegner der Arbeiterschaft. „Treudeutsch, alle — weg!“ wird sehr bald die Parole dieser „Erneuerer Deutschlands“ heißen, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist. Auch die Oibersdorfer Arbeiterschaft wird diesen Herren sorgfältig auf die Finger schauen müssen, damit in ganz kurzer Zeit im Bereich der Oibersdorfer Kohlengruben und Baumhulen große Plakate, natürlich rote, angeschlagen werden können mit der Aufschrift:

Treudeutsch? Alle — weg!“

**Werdorf.** Gemeindevorordnetenversammlung. Nach kurzer Pause fand am Montag dem 9. Januar die erste Sitzung der Gemeindevorordneten in diesem Jahre, entgegen dem Befehl in der Einwohnerversammlung im Gemeindevorstand statt, wo nur acht Zuhörer Platz finden. Der stellvertretende Vorsitz eröffnete die Sitzung und gibt das Schreiben bekannt, aus dem hervorgeht, daß die Fraktionen der Linken eine Beteiligung an den Sitzungen so lange ablehnen, bis die Behörde die diesbezügliche Beschwerde entzieden hat. Nach der Wahl des Gemeindevorordneten Reuter zum Vorsitzenden und des Gm. Schönfelder zum ersten Stellvertreter tritt Gm. Reuter das Amt an und verliest den Paragraphen 28 der scharfsten Gemeindevorordnung, in dem die Bestrafung mit Geldstrafe der den Sitzungen fernbleibenden enthalten ist. Beshlossen wird mit allen bürgerlichen Stimmen eine lechte Mahnung an die Linkenfraktionen zu richten. Weiter soll sie trotzdem, sollen die „härtesten Maßnahmen“ getroffen werden, denn nach den Ansichten der Kunterbuntfraktion haben die Linkenfraktionen „keinen Grund“, fernzubleiben. Wahrlich, eine herrliche Idee dieser Geistesheiden mit Herrn Reuter als geistigem Berater. Zum Schriftführer wurde Gemeindevorordn. Hermann wiedergewählt, der stellv. Schriftführerposten wird auf Antrag der Kunterbuntfraktion zurückgestellt, bis die Linkenfraktionen wieder teilnehmen. Danach wird die Vergebung der Heizungsanlage im Schulhausanbau vorgenommen. Dazu sind 6000 RM an Kostenanläge eingegangen. Nach kurzer Aussprache wird dieselbe der Firma Augustin in Oibersdorf übertragen zum Preise von 6468,95 RM. Unter Berücksichtigung der Gemeindevorordnet. des 29. Rathtrag zur Wertzuwachssteuer genehmigt ist. Weiter wird Kenntnis genommen von einem Schreiben des Treuhänders betr. Erhöhung der Ablassungsrente auf 10 Prozent. Es soll Einspruch erhoben werden. Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der SSB betr. des Arbeitervereins Werdorf-Hörnig-Bittau, in dem mitgeteilt wird, daß eine zu geringe Ausnutzung des Autos vorliege und die Gesellschaft ihn deswegen ablehnen müssen, es soll jedoch erneut verhandelt werden. Auch sind Ausklachten vorhanden, daß die Post eine Linie einrichtet. Dieses soll unterstützt werden, damit der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird; denn bei der letzten Feststellung haben sich 80 Personen zum Mitfahren bereit erklärt. Weiter ist ein Schreiben der Amtshauptmannschaft eingegangen betr. Andringung von Geländern am Niederen Mühlgraben. Es sollen an den gefährlichsten Stellen weiche angebracht werden. Die Bezirksumlage beträgt für Monat Dezember 661 RM. Durch den Geburtenrückgang in diesem Jahre hat die Gemeinde eine Entschädigung von 300 RM an die hiesige Hebamme zu zahlen. Mit dem Dank für die Mitarbeit seiner getreuen Schar schloß der Vorsitz die Sitzung. Tatsächlich machte sich in dieser Sitzung der Witterungsumschlag bemerkbar, denn die sonst so stummen Freidoliner waren auf einmal so geistreich, selbst der Dreher Müller hatte eine lockere Zunge. Wahrscheinlich sind dieselben nur intharnde zu sprechen, wenn sie unter sich sind und sich kein Widerstand bemerkbar macht. Weiter einmal hat die Rechte gezeigt, daß sie auf die Beschlüsse der Einwohnerversammlung pflegt, wenn es gilt, ihre Macht zu behaupten. Hoffentlich erkennen die Einwohner daraus, daß nur die Vertreter der KPD eine den Interessen der wertvollen Einwohnerlichkeit gerecht werdende Politik betreibt und unterstützt diese in ihrem Kampfe.

**Werdorf.** Gemeindevorordnetenversammlung. Nach kurzer Pause fand am Montag dem 9. Januar die erste Sitzung der Gemeindevorordneten in diesem Jahre, entgegen dem Befehl in der Einwohnerversammlung im Gemeindevorstand statt, wo nur acht Zuhörer Platz finden. Der stellvertretende Vorsitz eröffnete die Sitzung und gibt das Schreiben bekannt, aus dem hervorgeht, daß die Fraktionen der Linken eine Beteiligung an den Sitzungen so lange ablehnen, bis die Behörde die diesbezügliche Beschwerde entzieden hat. Nach der Wahl des Gemeindevorordneten Reuter zum Vorsitzenden und des Gm. Schönfelder zum ersten Stellvertreter tritt Gm. Reuter das Amt an und verliest den Paragraphen 28 der scharfsten Gemeindevorordnung, in dem die Bestrafung mit Geldstrafe der den Sitzungen fernbleibenden enthalten ist. Beshlossen wird mit allen bürgerlichen Stimmen eine lechte Mahnung an die Linkenfraktionen zu richten. Weiter soll sie trotzdem, sollen die „härtesten Maßnahmen“ getroffen werden, denn nach den Ansichten der Kunterbuntfraktion haben die Linkenfraktionen „keinen Grund“, fernzubleiben. Wahrlich, eine herrliche Idee dieser Geistesheiden mit Herrn Reuter als geistigem Berater. Zum Schriftführer wurde Gemeindevorordn. Hermann wiedergewählt, der stellv. Schriftführerposten wird auf Antrag der Kunterbuntfraktion zurückgestellt, bis die Linkenfraktionen wieder teilnehmen. Danach wird die Vergebung der Heizungsanlage im Schulhausanbau vorgenommen. Dazu sind 6000 RM an Kostenanläge eingegangen. Nach kurzer Aussprache wird dieselbe der Firma Augustin in Oibersdorf übertragen zum Preise von 6468,95 RM. Unter Berücksichtigung der Gemeindevorordnet. des 29. Rathtrag zur Wertzuwachssteuer genehmigt ist. Weiter wird Kenntnis genommen von einem Schreiben des Treuhänders betr. Erhöhung der Ablassungsrente auf 10 Prozent. Es soll Einspruch erhoben werden. Der Bürgermeister verliest ein Schreiben der SSB betr. des Arbeitervereins Werdorf-Hörnig-Bittau, in dem mitgeteilt wird, daß eine zu geringe Ausnutzung des Autos vorliege und die Gesellschaft ihn deswegen ablehnen müssen, es soll jedoch erneut verhandelt werden. Auch sind Ausklachten vorhanden, daß die Post eine Linie einrichtet. Dieses soll unterstützt werden, damit der Arbeiterschaft Rechnung getragen wird; denn bei der letzten Feststellung haben sich 80 Personen zum Mitfahren bereit erklärt. Weiter ist ein Schreiben der Amtshauptmannschaft eingegangen betr. Andringung von Geländern am Niederen Mühlgraben. Es sollen an den gefährlichsten Stellen weiche angebracht werden. Die Bezirksumlage beträgt für Monat Dezember 661 RM. Durch den Geburtenrückgang in diesem Jahre hat die Gemeinde eine Entschädigung von 300 RM an die hiesige Hebamme zu zahlen. Mit dem Dank für die Mitarbeit seiner getreuen Schar schloß der Vorsitz die Sitzung. Tatsächlich machte sich in dieser Sitzung der Witterungsumschlag bemerkbar, denn die sonst so stummen Freidoliner waren auf einmal so geistreich, selbst der Dreher Müller hatte eine lockere Zunge. Wahrscheinlich sind dieselben nur intharnde zu sprechen, wenn sie unter sich sind und sich kein Widerstand bemerkbar macht. Weiter einmal hat die Rechte gezeigt, daß sie auf die Beschlüsse der Einwohnerversammlung pflegt, wenn es gilt, ihre Macht zu behaupten. Hoffentlich erkennen die Einwohner daraus, daß nur die Vertreter der KPD eine den Interessen der wertvollen Einwohnerlichkeit gerecht werdende Politik betreibt und unterstützt diese in ihrem Kampfe.

Beizeiten, Willibald Wegis, die Sache ist besorgt. (Wir erwarten schnellstens Berichte.)

Verantwortlich: Hermann Klammiger, Eberbach.

### An alle Erwerbslosen und Hoffstandsarbeiter Döschens!

Um die geschlossene Front aller Erwerbslosen Döschens herzustellen, beruft der Kreisauschuß der Erwerbslosen für Mitt- woch, den 23. Januar, 9 Uhr, eine

Kreis-Konferenz

aller Erwerbslosen Döschens nach dem Restaurant „Stadt Beunischweg“ in Döschens, Jakobstraße, ein. Die Lageordnung wird auf der Konferenz bekanntgegeben.

Als Delegationsmodus kommt in Frage: Bis 500 Erwerbslose 1 Delegierter, bis 1000 Erwerbslose 2 Delegierte, jedes weitere 1000 1 Delegierter.

Alle Orte Döschens, in welchem Erwerbslose und Hoffstandsarbeiter vorhanden sind, müssen vertreten sein. Die Finanzierung müssen die einzelnen Orte selbst tragen.

Kreisauschuß der Erwerbslosen Döschens.